

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telex: 8 86846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Gernot Erler MdB zur
Entwicklung im Jahr
nach dem Golfkrieg:
Waffen-Ausbreitung
politisch verhindern.
Seite 1

Dr. Wolfgang Biemann
zum 1. Jahrestag der
'Aktion Wüstensturm':
Mit Krieg läßt sich keine
neue Ordnung durch-
setzen.
Seite 3

Dokumentation
Hans Buehler MdB hat
Bundesfinanzminister
Waigel aufgefordert,
Voraussetzungen für
eine mittelstands-
freundliche Treuhand-
politik zu schaffen.
Wortlaut
Seite 5

47. Jahrgang / 12

17. Januar 1992

Waffen-Ausbreitung politisch verhindern Zur Entwicklung im Jahr nach dem Golfkrieg

Von Gernot Erler MdB

In diesem Jahr 1991 ist soviel passiert. Nicht nur der Golfkrieg, auch die Auflösung der Sowjetunion. Es bleibt wenig Zeit, nach hinten zu schauen, nicht einmal am Jahrestag dieses Übergangs von 'Desert shield' zu 'Desert storm'. Wer das als unwirkliches Feuerwerk auf dem nächtlichen Bildschirm am 17. Januar 1991 verfolgte, kann es, wie viele spätere Bilder, nicht vergessen. Aber wissen wir eigentlich zwölf Monate danach, was wir tatsächlich miterlebt haben?

Wie es gelaufen ist, wurde inzwischen hinreichend ausgeleuchtet. Der Wüstensturm dauerte 43 Tage. Die Amerikaner schafften es, 550.000 Soldaten fern der Heimat einzusetzen, unterstützt von 250.000 Mann der fast 30 Verbündeten. Nie zuvor hat es einen derart dichten Luftkriegseinsatz gegeben. Allein die US Air Force flog 110.000 Einsätze, bis zu 1.500 täglich, und lud 81.100 t Sprengmittel über dem Irak und Kuwait ab. Übrigens waren weniger als zehn Prozent davon (7.400 t) gelenkte Munition. Die als stark eingeschätzten irakischen Kampfverbände wurden zu 30 bis 50 Prozent aus der Luft vernichtet, bevor das Zielschießen der 100 Stunden dauernden Bodenoffensive begann. Die Sieger hatten insgesamt nur 215 Tote (davon 122 durch Unfälle) und 563 Verwundete zu beklagen. Die Verluste des irakischen Militärs können nur geschätzt werden. Man spricht von 30 bis 200.000 Toten, wobei mehr als 100.000 Opfer aus der Zivilbevölkerung dazukommen dürften. Saddam verlor zwei Drittel seiner Hauptwaffensysteme: darunter 3.900 (von 5.530) Panzer und 253 (von 573) Flugzeuge. Der Sieg der alliierten Golftruppen kam nicht überraschend, die Überlegenheit bei Luftkrieg, Luftaufklärung und Logistik sowie die geringfügigen Eigenverluste erregten aber Erstaunen. Die Kriegskosten wurden mit 60 Milliarden Dollar angegeben, wovon die USA nur ein Viertel selbst zahlen mußten.

Die auf Destruktion gerichteten Kriegsziele wurden mit der Zerschlagung der regional dominanten Streitkräfte des Irak und seiner ABC-Potentiale komplett erreicht. Auch zwölf Monate nach Kriegsbeginn zählt die irakische Bevölkerung noch bitter für die Provokation ihres Diktators, mit Hunger, Krankheit und Armut. Kuwait wurde befreit, im Namen westlicher Ideale, auf die das an die Macht zurückgekehrte Hemscherhaus allerdings pfeift. Saddam regiert weiter.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermögter Ökogen
mit vermögter Kollmayer
Kreuzing-Papier



Kurden und irakische Schiiten können sich als Anschlußopfer des Krieges betrachten. Nach größtem Einsatz amerikanischer Diplomatie hat jetzt ein israelisch-arabischer Friedensdialog begonnen, dessen Chancen niemand abschätzen kann. Es fällt schwer, die begonnenen Gespräche noch der Erfolgsbilanz des Golfkrieges zuzuschlagen. Selbst der persönliche Sieg von George Bush mit stolzen Rekorden in den Popularitätskurven verblaßt schon wieder - innenpolitische Fehlentwicklungen haben den amerikanischen Präsidenten eingeholt.

War der Golfkrieg also eine Episode, eine singuläre Tragödie, provoziert durch einen arabischen Diktator, dem der Realitätssinn abhanden gekommen war? Oder doch eher eine politische Wasserscheide, der Beginn einer "Neuen Weltordnung", wie ein triumphierender Bush noch im Februar '91 angekündigte? Und gibt es einen Zusammenhang zwischen diesem kriegerischen Januar des letzten Jahres und seinem dramatischen Dezember, der die Weltmacht Sowjetunion auseinanderleben ließ?

Die Spur findet, wer sich fragt, was uns denn heute noch am Irak beschäftigt. Von Kuwait ist keine Rede mehr, aber immer noch von den potentiellen Fähigkeiten Bagdads zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Nachträglich formulierte die UN-Resolution 687 das Hauptkriegsziel der Golf-Allianz: gesicherte Vernichtung der irakischen ABC-Waffenfähigkeiten. Der Golfkrieg war der erste Interventionskrieg gegen ein Land, das aus dem Nonproliferationsregime von atomaren und chemischen Waffen auszusteigen drohte. Es war ein Exempel zur Abschreckung aller potentiellen Nachahmer.

Im Hintergrund steht eine Entwicklung auf dem Waffenmarkt, die ein rigoroses Nichtverbreitungsregime zum Essential westlicher Sicherheit macht: Trägertechnologien werden immer leichter verfügbar. Saddam konnte 87 Scuds verschießen, von denen 47 von Patriots abgefangen wurden. Längst stehen auf dem Markt weiterreichende und schwerer abwehrbare Trägeraketen zur Verfügung als die veralteten Scuds. Durch die Auflösung der Sowjetunion hat sich die Zahl potentieller Lieferanten erhöht. Kein Wunder und kein Zufall, daß die derzeitige sicherheitspolitische Hauptsorge der USA der Kontrolle der ehemals sowjetischen Atompotentiale einschließlich der Trägertechnologien gilt. Hier wird der politische Bogen sichtbar, der sich 1991 von Saddam zu Jelzin spannte: Mit der erfolgreichen Warnung an den Iraker begann das Jahr, mit einer kaum kontrollierbaren Öffnung der Schleusen zur Verbreitung nuklearen Waffenwissens durch die krisenhafte Entwicklung in der GUS endete es.

Die "Neue Weltordnung" meinte nie, daß Unrecht wie der Einmarsch in Kuwait vom August 1990 bestraft werden müsse. Die "Neue Weltordnung" kommt mit dem Anspruch daher zu verhindern, daß Leute wie Saddam über Massenvernichtungswaffen verfügen. Notfalls muß dies ein Krieg erreichen, wenn ein freiwilliger Beitritt zum Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) beziehungsweise seine Einhaltung anders nicht herbeizuführen ist. Der Zusammenhang von Nonproliferation und Interventionsstrategien zeichnete sich in der amerikanischen Diskussion bereits seit Ende der 70er Jahre ab. Den deutlichsten Beleg lieferte die Studie "Discriminate Deterrence" vom Januar 1988, in der völlig offen argumentiert wurde, daß die Entstehung neuer A- oder C-Mächte in der Dritten Welt die USA dazu zwingt, neben dem Ausbau von SDI weltweit operationsfähige Interventionsstreitkräfte zu unterhalten. Inzwischen hat die NATO diese Sichtweise übernommen, ohne die amerikanische Offenheit. "Reaction forces" werden nicht zur Abwehr immer unwahrscheinlicher werdender Angriffe gebraucht, sondern zum eigenen Angriff zarterfühlend ausgedrückt zur chirurgischen Entfernung von ABC-Potentialen aus Händen, die man als dafür ungeeignet ansieht.

Solange die irre Vorstellung bestehen bleibt, man könne auf Dauer Nonproliferation militärisch erzwingen, wird es weitere Golfkriege geben. Sie werden erst wieder vermeidbar, wenn die Weltgemeinschaft die Kraft zu einer weltweiten internationalen Kontrolle aller Atomwaffen gefunden hat, die künftig keine politischen Privilegien (wie zum Beispiel das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat) mehr begründen dürfen. Viel Zeit bleibt nicht mehr, da die Laufzeit des jetzt gültigen Atomwaffensperrvertrages mit immerhin fast 140 Unterschriften 1995 endet.

(-/17. Januar 1992/rs/ks)

Mit Krieg läßt sich keine neue Ordnung durchsetzen

Zum 1. Jahrestag der "Aktion Wüstensturm"

Von Dr. Wolfgang Biermann

**Geschäftsführer der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit
(FIAS)**

Ein überwunden geglaubter Mythos feiert Wiederauferstehung: Der Mythos vom gerechten Krieg. So wie sie von der schnellen Deutschmark-Einheit kalt erwischt wurden, so schnell wurden sie vom schnellen UNO-Krieg gegen Saddam erwischt - die seit 1945 so friedfertigen deutschen Intellektuellen. Und nicht nur sie. Die Friedensbewegung bäumte sich noch einmal tausendfach auf, während einige ihrer Freunde bereits die schießpulverhaltige Feder gegen den "Hitler des Nahen Ostens" spitzten.

Seitdem werden tausende Kriegsoffer in Afrika schon gar nicht mehr erwähnt, hunderttausende Tote im Irak verdrängt. Und die bisherigen und zukünftigen Toten im jugoslawischen Krieg werden nach der Anerkennung der "guten Seite" schnell vergessen. Seit dem Ende des Kalten Krieges, so scheint es, wächst die Neigung, der wachsenden Kompliziertheit der Probleme und Konflikte durch immer gröbere Vereinfachung zu entgehen.

Seit dem Golfkrieg grassiert in Deutschland ein schleichender Kampf gegen den "Kult der Weinerlichkeit", ein offener Kampf für - auch militärische - "weltweite Verantwortung", und für manche "Realisten" gehört der Krieg wieder zur Normalität. Die groben Vereinfacher versuchen anscheinend damit, der Kompliziertheit der Außenpolitik Herr zu werden und umhüllen ihre Vereinfachung gar mit der Illusion des Realismus. Dies sei am Beispiel des Golfkrieges im folgenden hinterfragt:

1. "Der Aggressor Saddam Hussein ist bestraft worden."

- Offensichtlich erfreut sich Saddam bester Gesundheit, sein Familienclan und die übrigen oberen tausend Mächtigen im Irak genießen ihre Privilegien nach wie vor. Putschmeldungen amüsieren den Diktator im irakischen Fernsehen. Große Teile der Bevölkerung solidarisieren sich mit Saddam: "Er" hat Brücken und Raffinerien sowie Bewässerungsanlagen wieder aufgebaut, "er" verteidigt die "Würde Iraks gegen den Verbrecher Bush", der durch das UN-Embargo tausende irakischer Kinder durch Hunger und Mangel an Medikamenten umbringen läßt".

Tatsächlich bestraft wurden nicht die Schuldigen - wie der frühere Offizier der DIA, William Arkin in einer Studie belegte:

- Rund 70.000 irakischer Soldaten wurden durch präzise Luftangriffe sowie durch Flächenbombardements weitere 20.000 durch die Bodenoffensive umgebracht.
- Die Zivilbevölkerung verlor nach Meinung Arkins während des Krieges "nur" rund 3.000 Menschen, allerdings starben infolge des Embargos der UN und der Bombardierung ziviler Einrichtungen über 50.000 Menschen.
- Rund 30.000 Menschen starben bei dem Bürgerkrieg der irakischen Armee mit den aufständischen Schiiten im Süden und Kurden im Norden.
- Und schließlich starben rund 100 bis 150.000 Kurden und Schiiten zwischen April und Dezember 1991, die nach der Niederschlagung ihrer Aufstände ihr Heil in der Flucht suchten.

Mit anderen Worten: Die "Bestrafung des Aggressors" kostete realistischweise rund 250.000 Irakern das Leben.

2. "Der alliierte Sieg über Saddam war ein Sieg für die Demokratie"?

Die Menschenrechte in Kuwait und die Demokratie lassen auf sich warten. Die Opposition ist weiterhin - anders als vom Herrscherhaus im Exil versprochen - kaltgestellt. In Saudi Arabien festigt sich das alte Regime, Reformen bleiben aus. Saddams Regime ist diktatorischer als jemals zuvor. Und Diktaturen wie die in Syrien oder im Iran erfreuen sich reger westlicher Reise- und Scheckdiplomatie. Die Demokratie läßt also auf sich warten.

3. "Der Golfkrieg war ein Sieg des Friedens im Nahen Osten, ein Sieg der neuen Weltordnung"?

Vielfach werden die israelisch-arabischen Friedensgespräche als Erfolg des Golfkrieges gefeiert. Dabei wird allerdings übersehen, daß niemand die USA vor dem Golfkrieg daran hinderte, für israelisch-palästinensische Friedensverhandlungen einzutreten. Die Chance, der arabischen Welt amerikanische und westliche "Leadership" auf diesem Gebiet zu demonstrieren und damit Saddam in der arabischen Welt völlig zu isolieren, wurde jedenfalls nicht genutzt.

Nach dem Golfkrieg befindet sich der Westen in einer unheiligen Allianz mit den Diktaturen in Syrien und im Iran. Er hofiert sie auf eine Weise, wie er den Diktator Hussein noch hofierte, als er gegen den iranischen Fundamentalismus kämpfte und kriegte. Von einer gerechten Ordnung im Nahen Osten, wenigstens einer gerechteren Verteilung der Petro-Dollars in der arabischen, ist nichts zu spüren.

Die von der UNO durchgeführte Entwaffnung des Irak lenkt von der massiven Aufrüstung der anderen Diktaturen der Region völlig ab. Obendrein wird die Okkupation und quasi-Annektion Libanons durch Syrien vom Westen auf eine Weise geduldet, wie sie Saddam sich einst bei der Besetzung Kuwaits erhofft hatte. Realität ist, daß andere "Saddams" als quasi-Alliierte des Westens und im Schatten der Entwaffnungsmaßnahmen gegen Saddam sich zu neuen Gefährherden hochrücken.

4. "Der Krieg war wenigstens nötig, um Saddams Atompotentiale unschädlich zu machen"?

Die Entdeckung der irakischen Atompotentiale ist eher ein Zufallsprodukt und verdeckt geradezu andere Illusionen über die atomare Sicherheit im Nahen Osten; die Unfähigkeit des Kontrollregimes der internationalen Atomenergiebehörde IAEA als Einrichtung des Atomwaffenspervertrages, dessen Mitglied Irak ist und dessen Kontrollen sich Irak stets uneingeschränkt unterworfen hatte.

Zu befürchten ist, daß die atomare Entwaffnung des Irak als Folge des Golfkrieges von einer anderen logischen Konsequenz des Golfkrieges ablenkt: Die gnadenlose Unfähigkeit des Irak, sich gegen die geballte konventionelle und technologische Überlegenheit der amerikanischen Streitkräfte zur Wehr zu setzen muß anti-westliche Regime geradezu herausfordern, sich - trotz IAEA-Kontrollen - endlich eine atomare "Abschreckung" zuzulegen. Chinesische und auch koreanische Raketen, ehemals sowjetische Sprengsätze dürften hinter dem psychologischen Rauch-Vorhang der UN-Maßnahmen gegen Irak ihre stillen Wege für die Beschaffung eigener Atompotentiale nutzen.

Es dürfte aber kein realistisches Szenario geben, mit weiteren Aktionen "Wüstensturm" alle potentiell bedrohlichen atomaren Schwellenländer zu "entwaffnen". Die Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten des Atomwaffenspervertrages müssen gestärkt werden, das ist die entscheidende Frage.

5. Fazit: Krieg ist kein realistisches Mittel, um eine neue Weltordnung in Frieden und Freiheit aufzubauen. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation mag Krieg nicht automatisch in den Weltuntergang führen, er ist führbar. Die militärische Disziplinierung von Diktatoren und potentiellen Atommächten ist jedoch nur um den Preis zahlreicher Kriege oder eines Weltkrieges möglich, denn es gibt zu viele von ihnen. In den letzten Jahrzehnten waren es übrigens keine "Golfkriege", sondern die UNO-Blauhelme, die in zahlreichen Konflikten zur Eindämmung beziehungsweise Beendigung von Kriegen beigetragen haben.

Krieg vernichtet die Werte, für die die westliche Welt steht: die Menschenrechte. Aus der Illusion eines klinisch sauberen Krieges erwächst die brutale Realität, daß er die Unschuldigen trifft und die Schuldigen verschont. Daß es keine Alternative zur Politik der Sicherheit durch internationalen Ausgleich gibt, zeigt nicht zuletzt das Beispiel Kambodscha. Dort ist es gelungen, selbst mit jener Armee der Massenmörder, den Roten Khmer, die Saddam Hussein allemal übertreffen, eine Friedenslösung zu finden.

Die Welt ist komplizierter geworden, die Konflikte zahlreicher. Das Prinzip der Verständigung und des Interessenausgleichs in einer wachsenden Zahl von Konflikten anzuwenden, ist allemal weniger kompliziert als Partei zu ergreifen und sich in Kriege hineinziehen zu lassen.

Der Golfkrieg steht auch für eine wichtige Erkenntnis in der neuen multipolaren Welt: Die Welt ist komplizierter geworden, es gibt nicht den erlösenden Satz, das erlösende Stichwort, das alle Probleme löst - auch wenn die Sehnsucht danach wächst. Der "gerechte Krieg" ist jedenfalls kein erlösendes Stichwort, sondern ein realistischer Alptraum.

(-/17. Januar 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Büchler: Mittelstand in neuen Bundesländern fördern

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler hat Bundesfinanzminister Walgel aufgefordert, Voraussetzungen für eine mittelstandsfreundliche Treuhandpolitik zu schaffen. Keine Volkswirtschaft könne "ohne gesunden Mittelstand existieren", unterstreicht Büchler.

Sehr geehrter Herr Minister,

wiederholt habe ich in letzter Zeit erfahren müssen, daß gerade kleinere Investoren aus dem Mittelstandsbereich bei ihren Plänen, in den neuen Bundesländern Betriebe aufzubauen, auf enorme mittelstandsfreundliche Vorgaben der Treuhand stoßen.

Um einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen: Natürlich weiß ich, wie intensiv sich die Mitarbeiter der Treuhand bemühen, ihrem Auftrag gerecht zu werden. Der Fehler liegt hauptsächlich in der politischen Vorgabe. Im Grunde genommen haben Regierung und Parlament in dem Moment falsche Weichen gestellt, als die ersten Schritte zur Einheit und die Gesetze zum Aufbau in den neuen Bundesländern praktisch nur noch von Juristen bestimmt wurden. Damit wurde die tatsächliche Praxis bedauerlicherweise weitgehend ausgeklammert.

Zweifelsohne bedarf es heute einer schnellsten Überprüfung der Regelung der Eigentumsfrage, um überhaupt die entscheidenden Investitionen in Gang zu bringen. Die Diskussion darüber wird das Parlament sicherlich länger beschäftigen, selbst wenn Eile geboten ist.

Bis dorthin aber könnte zumindest aus den Verträgen, die die Treuhand mit den Investoren abschließt, eine der gravierendsten mittelstandsfreundlichen Abschnitte aufgehoben werden. Ich meine konkret die Nachbewertung. Als besonders deutlich mittelstandsfreundliches Beispiel darf ich Ihnen in voller Länge den Paragraphen 3 eines Vertrages zitieren:

Paragraph 3 Nachbewertung

1. Der vorläufige Kaufpreis für Grund und Boden beträgt 30.384 qm mal 10,- DM/qm = 303.840,-DM.

2. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß derzeit ein funktionsfähiger Markt für Grund und Boden und entsprechende Marktpreise fehlen.

Die TA ist berechtigt, einen von der Industrie- und Handelskammer vereidigten Sachverständigen zu beauftragen, der den Verkehrswert des Grundstückes zum 31. Dezember 1993 feststellt. Dieses Recht besteht nicht, falls sich die Vertragsparteien dann einvernehmlich über die endgültige Festsetzung des Kaufpreises für das Grundstück einigen. Bei der Neubewertung bleiben etwaige Werterhöhungen, die auf zwischenzeitliche Maßnahmen des Käufers zurückzuführen sind oder für die er die Kosten getragen hat, unberücksichtigt. Der Sachverständige stellt den Verkehrswert für beide Vertragsparteien verbindlich fest und bestimmt damit den endgültigen Kaufpreis.

Übersteigt der so ermittelte Verkehrswert den vorläufigen Kaufpreis, so hat der Käufer den Beitrag binnen eines Monats an die TA zu zahlen.

Der Differenzbetrag ist nachträglich nicht verzinslich. Die Kosten des Sachverständigen trägt die unterlegene Vertragspartei. Unterlegen ist die Vertragspartei, dessen Einigungsangebot von dem Sachverständigen festgestellten Verkehrswert weiter entfernt liegt.

Sehr geehrter Herr Minister, eine Nachbewertung in diesem Sinn ist nicht nur nach meinem Dafürhalten extrem mittelstandsfeindlich und ein absolutes Investitionshemmnis. Denn jeder, der eine neue Existenz aufbauen will, verausgabt sich finanziell und investiert alle seine Ressourcen. Er kann sicherlich keine weiteren Zahlungen innerhalb der folgenden zwei, drei Jahre nach der Existenzgründung bei einer eventuellen Überprüfung leisten.

Keine Volkswirtschaft kann aber ohne einen gesunden Mittelstand existieren. Ich brauche Sie sicherlich nicht darüber zu belehren; der Mittelstand ist und bleibt die Basis, aus der wirtschaftliches Wachstum, Steuerquellen und ein allgemeiner Wohlstand entstehen.

Einige Kreditgeber sagten mir zwar, daß man eine eventuelle Nachbewertung über das Verwaltungsgericht anfechten sollte. Dies mag ein Weg für größere Betriebe sein, für Aufbaubetriebe ist er jedoch nicht akzeptabel. Kein kleiner Mittelstandsbetrieb verfügt über die entsprechende Rechtsabteilung, um sich auf einen langwierigen juristischen Streit einzulassen.

In dieser beunruhigenden Frage habe ich des weiteren mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern in den neuen Bundesländern gesprochen: Sie sehen die Lage ähnlich dramatisch. Wir sind uns allerdings einig, daß es keine Spekulationsgewinne geben darf. Wenn zum Beispiel ein Betrieb innerhalb von fünf Jahren wiederveräußert wird, müssen solche Gewinne der Treuhand zugeführt werden. In dieser Hinsicht darf es keine Unsicherheit geben. Im übrigen könnte dies dann, wenn es gesetzlich geregelt ist, als Vorlage für ein analoges Gesetz in den alten Bundesländern dienen. Auch hier müßte jede unredliche Spekulation auf Kosten der Allgemeinheit endlich gestoppt werden.

Schließlich das immer wieder gehörte, aber gleichwohl nicht richtige Argument, daß durch eine vorläufige Festsetzung des Kaufpreises die Abwicklungen schneller gingen, was jedoch absurd ist, weil vorher noch andere, gegen den Mittelstand gerichtete Investitionshemmnisse, beseitigt werden müßten.

Sehr geehrter Herr Minister, ich darf Sie also recht herzlich darum bitten, möglichst schnell dafür Sorge zu tragen, daß zumindest dieses oben angesprochene Investitionshemmnis zukünftig nicht mehr besteht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans Büchler MdB

(-/17. Januar 1992/rs/ks)
